

Resolution der Regionalkonferenz v.

Die Demonstration in Grohnde vom 19. März hat deutlich gezeigt, daß die von Staat und Energiekonzernen beabsichtigte Spaltung der Anti-Atomkraft-Bewegung in radikale und gemäßigte Gegner nicht gelungen ist, denn mehr als 20.000 Atomkraftgegner drückten ernsthaft und entschlossen ihren Protest gegen die atomare Bedrohung aus. Auf unsere Geschlossenheit reagierte der Staat mit dem brutalsten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik. Staatlich befehligte Polizeigewalt aber widerlegt unsere Argumente nicht. Nicht nur mit physischer Gewalt wurde versucht, unsere elementaren demokratischen Rechte auf ein menschenwürdiges Leben niederzuküppeln, sondern das mächtige Bündnis von Staat und Energiekonzernen versucht nun, durch wahllose Festnahmen von Demonstrations-Teilnehmern und eine gezielte Pressekampagne die Anti-Atomkraft-Bewegung in den Bereich des Kriminellen und des Verbrechens zu rücken. Wir fordern daher alle Teilnehmer dieser Konferenz auf, ihre Solidarität mit den Festgenommenen und Verletzten zu bekunden und mit uns die Forderung nach der Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren und die sofortige Aufhebung aller Haftbefehle gegen AKW-Gegner mit Nachdruck zu vertreten!

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie